Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 7

Artikel: Die Preise und die Wirtschaft
Autor: Gertsch, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332778

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

16. JAHRGANG -- MÄRZ 1937 -- HEFT 7

Die Preise und die Wirtschaft

Von Hans Gertsch.

Daß Seuchen, Ueberschwemmungen, Mißernten und Kriege wirtschaftliche Not zum Gefolge haben, ist den Menschen seit je bekannt und ohne weiteres verständlich. Das Auf und Ab der Konjunkturen aber, die erstaunliche, widerspruchsvolle und der einfachen Einsicht unverständliche Tatsache des Elends im Ueberfluß, der Wirtschaftsnot, nicht weil es zuwenig, sondern weil es zuviel Waren gibt, die Erscheinung des Kreislaufs der Wirtschaft von Depression zu Hochkonjunktur und zu neuer Depression ist uns erst seit dem Beginn des neunzehnten Jahrhunderts näher bekannt und mehr oder weniger regelmäßige Erscheinung geworden.

Keine Eigenschaft der kapitalistischen Wirtschaft hat in höherem Maße die Kritik herausgefordert als diese mangelnde Stabilität. Zwar hat noch vor gar nicht langer Zeit ein bekannter Zürcher Universitätsprofessor in einem Vortrag die Auffassung vertreten, eine Wirtschaft ohne Konjunkturschwankungen würde eines wichtigen Motors der Entwicklung entbehren. Es sei daher zweifelhaft, ob eine stabilisierte Wirtschaft überhaupt ein erstrebenswertes Ziel darstelle. Heute aber würde vermutlich derselbe Gelehrte es kaum wagen, eine solche Meinung öffentlich zu vertreten. Die möglichste Glättung der Konjunkturschwankungen wird überall als die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik bezeichnet. In England hat die öffentliche Diskussion der letzten Wochen vornehmlich diese Frage zum Gegenstand gehabt. Man erklärt offen, eine neue Krise müßte die »gegenwärtige Zivilisation in ihren Grundfesten erschüttern« (gemeint ist damit natürlich die kapitalistische »Zivilisation«); der Glaube an den Kapitalismus müßte in den großen Massen tödlich getroffen werden, wenn von neuem eine ähnliche Katastrophe wie jene, die wir kaum überwunden haben, über die Welt hereinbräche.

Es sei dahingestellt, inwieweit die Aufrechterhaltung der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung mit einer *völligen* Stabilität der Wirtschaft vereinbart werden kann. Auf den ersten Blick ist es reichlich zweifelhaft, ob der Privatunternehmer noch eine unentbehr-

liche, wesentliche Funktion besitzt, wenn der Staat mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dafür sorgt, daß jede *technisch richtige Investition* auch eine *wirtschaftlich richtige Kapitalanlage* darstellt. Ein Kapitalismus, bei dem der Staat auf Kosten der Gesamtheit für die dauernde Aufrechterhaltung der Rentabilität sorgt, ist mit dem Bestehen eines unabhängigen Unternehmers kaum mehr zu vereinbaren. Er wandelt sich zu einem Staatskapitalismus, innerhalb dessen der Unternehmer nicht viel mehr als einen staatlichen Funktionär — freilich oft mit unverhältnismäßig hohem Einkommen — darstellt.

Sei dem aber wie immer: die *möglichste* Ausschaltung der Konjunkturschwankungen, die möglichste Glättung der Wirtschaft ist vor allem in den angelsächsischen Ländern seit vielen Jahren Gegenstand der wissenschaftlichen Untersuchung und Diskussion. Ganz besonders gilt das für die USA. Der Vater dieser Theorie, Professor Irving *Fisher*, hat eine umfassende Literatur über diese Frage geschaffen. In den letzten Jahren hat in kritischer Auseinandersetzung mit Irving Fisher die sogenannte österreichische Schule (von *Mises, Hayek, Haberler*) den Begriff des »neutralen Geldes« geschaffen. Schließlich hat *Keynes*, der bekannte englische Gelehrte, nach einigen Wandlungen in seinem jüngsten Werk die Ideen des Schöpfers der Schwundgeldlehre in die Wissenschaft einzuführen gesucht.

*

Der Regulator der kapitalistischen wie jeder Marktwirtschaft ist der Preis. Der Preis entscheidet über den Umfang des Angebots und der Nachfrage, die auf dem Markt zum Zuge kommen. Der Preis entscheidet über den Profit und die Produktionskosten. Die Schätzung des künftig zu erzielenden Preises bestimmt den Produktionsplan des Unternehmers. Steigende Preise ermuntern zu Neuinvestitionen. Sinkende Preise entmutigen die Produzenten. Der Konjunkturaufschwung ist in der Regel von steigenden, der Konjunkturniedergang von sinkenden Preisen begleitet. Ja, die Preisbewegung ist ein so wesentliches Merkmal der Konjunkturschwankungen, daß die Idee durchbrach, die Preisschwankungen seien die Ursache des Ab und Auf in der Wirtschaft, oder gar, es gebe keinen Konjunkturzyklus, sondern nur ein Auf und Ab des Preisniveaus.

Von solchen Ideen zu der weiteren, es gelte nur die Preisschwankungen auszuschalten, um der Konjunkturschwankungen Herr zu werden, war nur ein Schritt. Eine bekannte, in der Populärwissenschaft sehr verbreitete Lehre hat diesen Schritt auch getan. Die Stabilisierung der Wirtschaft wurde mit der Stabilisierung der Preise gleichgesetzt. Oberste Aufgabe der Wirtschaftspolitik sei es, den Index der Preise stabil zu erhalten. Geschehe das erfolgreich, so seien damit auch größere wirtschaftliche Schwankungen ausgeschaltet.

Man hat dieser Lehre eine Unmenge von technischen Details entgegengehalten. Man hat von der Unvollkommenheit unserer Indexzahlen gesprochen, die keine exakte Messung aller denkbaren und vorkommenden Preisschwankungen erlaubten; hat auf die Verschiedenheit der Preisindexziffern aufmerksam gemacht, die oft recht verschieden-

artige Bewegungen zeigen; hat hervorgehoben, daß der Index der Großhandelspreise sehr heftige Bewegungen zeigen könne, während die Kleinhandelspreise unverändert bleiben oder sich gar in entgegengesetzter Richtung bewegen; hat dargelegt, daß selbst bei stabilem Index Einzelpreise in heftigster Bewegung sein können und in aller Regel sogar sind. Alle diese Einwände, so berechtigt sie sind, treffen doch nicht ganz den Kern der Sache. Denn sie vermögen zwar zu zeigen, daß die Aufgabe, die Stabilisierung der Preise, nicht völlig gelöst werden kann; aber es ist damit noch lange nichts darüber gesagt, daß ein Versuch, der Preisstabilität möglichst nahe zu kommen, nicht doch eine wesentliche Glättung der wirtschaftlichen Schwankungen herbeiführen könne.

Aber während noch diese Debatten weitergingen, machte sich die Wirklichkeit daran, der Theorie der Preisstabilisierung die eindeutigste Widerlegung zu erteilen. In den Jahren 1925 bis 1929 war in den Vereinigten Staaten bei deutlicher Preissenkung eine ebenso eindeutige und unbestreitbare Hochkonjunktur zu verzeichnen gewesen. Das allein war schon ein ernster Widerspruch zu der Auffassung, daß Konjunkturaufstieg und Preissteigerung miteinander aufs engste verbunden seien. Jedenfalls aber mußte ein solcher Konjunkturaufstieg höchst harmlos und gesund sein. Wenn der Großhandelsindex des Arbeitsministeriums zeigte, daß von 1923 bis 1929 die Preise von 100 auf 97 zurückgegangen waren, so konnte doch offenkundig von einer inflationistischen Entartung der Konjunktur, von Ueberspekulation und Uebersteigerung keine Rede sein. »Jeder, der nur auf den Preisindex sah, würde keinen Grund entdecken, einen irgendwie erheblichen Grad von Inflation zu vermuten«, schreibt denn auch *Keynes* in seinem Buch »Vom Gelde«. Das hat aber bekanntlich nicht verhindert, daß dieser offenbar so harmlosen, weil bei sinkenden Preisen erfolgenden Hochkonjunktur der furchtbarste Krisenabsturz, den die Wirtschaftsgeschichte kennt, nachfolgte. Die sinkenden Großhandelspreise hatten die inflationistische Entartung der Konjunktur nicht verhindert. Um wieviel schlimmer wäre es also geworden, wenn die Preise, statt allmählich zu sinken, gar stabil geblieben, die Profite der Unternehmer also noch um die Differenz zwischen den stabilen und den sinkenden Preisen gewachsen wären.

Dieser tatsächlichen folgte auch die theoretische Widerlegung der Auffassung, die Preisstabilität mit Wirtschaftsstabilität gleichsetzte. Die Theoretiker des »neutralen Geldes« wiesen nach, daß die Stabilisierung der Wirtschaft nicht stabile, sondern sinkende Preise voraussetze. Eine normale Wirtschaft sei eine fortschreitende Wirtschaft. Der Fortschritt besteht aber in einer Senkung der Produktionskosten pro Stückeinheit. Bleibt aber trotz dieser Kostensenkung der Stückpreis unverändert — wie es der Forderung der ursprünglichen Stabilisierungstheoretiker entspräche —, so hat das zur Folge, daß die Profite ständig wachsen. Der Unternehmer erhält für eine Ware, deren Herstellungskosten ständig sinken, unverändert den gleichen Preis. Sein Profiit wächst daher in dem Maße, in dem die Erzeugungskosten

sinken. Wachsende Profite und stabile Wirtschaft sind aber unvereinbar. Denn bei wachsenden Profiten muß naturgemäß der Umfang der Investitionen wachsen, das heißt es muß ein größerer Teil des Sozialprodukts für Kapitalbildung, ein kleinerer Teil für die Deckung des laufenden Konsums aufgewendet werden. An die Stelle einer stabilen Wirtschaft tritt daher eine sich in der Richtung auf stärkere Kapitalbildung entwickelnde, in diesem Sinne — nicht in sozialem — stärker kapitalistische Wirtschaft. Eine stabile Wirtschaft setzt also Preise voraus, die im gleichen Maße sinken, in dem die Produktivität der Arbeit steigt, der technische Fortschritt die Produktionskosten senkt. Gleichmäßig sinkende Preise bei gleichmäßig fortschreitender technischer Entwicklung, sehr stark sinkende Preise, wenn der technische Fortschritt so rasch und so heftig ist wie in der Nachkriegszeit. Die amerikanische Krise wurde deshalb so heftig, weil die Preissenkung bei weitem nicht ausreichte, um die Senkung der Produktionskosten durch den technischen Fortschritt auszugleichen. Und neutrales Geld, Geld, das die Stabilisierung der Wirtschaft erlaubt, ist daher solches, das diese allgemeine Preissenkung entsprechend dem technischen Fortschritt erlaubt. Fordert die Theorie von der Preisstabilisierung eine Geldmenge, die — unter sonst gleichen Voraussetzungen — im gleichen Maß ansteigt wie die Produktenmenge, so ergibt sich aus der zweiten, eben dargestellten Auffassung, daß die Geldmenge unverändert bleiben soll, selbst wenn die Produktenmenge ansteigt.

*

Die bisherigen Debatten um die »Richtlinien« haben sich ganz überwiegend mit den politischen Problemen befaßt, die diese Kooperation verschiedenartiger Organisationen aufwirft. Aber gerade wenn man es mit diesem Programm ernst meint, ist es notwendig, die wirtschaftlichen Ideen, die es enthält, sehr genau zu prüfen.

Der wirtschaftspolitische Abschnitt der »Richtlinien« beginnt mit einer energischen, aber nicht sehr glücklich formulierten Kampfansage an »jeden weiteren Preisabbau, soweit nicht übernormale Gewinne ihn rechtfertigen«. Daran anschließend heißt es:

»Es muß im Gegenteil eine langsame Erhöhung der Preise und Löhne angestrebt werden, um die Wirtschaft wieder zu beleben und die unheilvolle Aufwertung der Schulden einigermaßen zu korrigieren.«

Es ist nicht völlig klar, ob mit dieser Forderung nur ein Sofortprogramm aufgestellt wird, oder aber eine auf längere Sicht berechnete Entwicklung gemeint ist. Der erste Teil des Satzes läßt eher das erstere, der zweite Teil das zweite vermuten. Eine Preissteigerung, die als Ankurbelung gedacht ist, kann — wie wir noch zeigen werden — außerordentlich geringfügig sein. Eine Preissteigerung, die die Schuldenlast in irgendwie nennenswertem Ausmaß reduzieren soll, muß erheblich größer sein. Sie müßte also, da sie langsam vor sich gehen soll, einen nennenswerten Zeitraum in Anspruch nehmen.

Der schweizerische Großhandelsindex zeigt, daß das Niveau der Preise von 160 im Jahre 1925 auf 141 im Jahre 1929 zurückging, also

ähnlich wie in den Vereinigten Staaten noch in der Periode der Hochkonjunktur deutlich sank. Von 1929 an sank der Index dann rapid ab: von 141 im Jahre 1929 auf rund 96 im Jahre 1936, das ist um 32 Prozent des Standes von 1929. Der Großhandelsindex enthält freilich sehr viele Rohstoffpreise, die für die Schweiz nur als Kosten-, nicht aber als Verkaufspreise in Betracht fallen. Wenn beispielsweise der Index der Metalle von 125 im Jahre 1929 auf 61 im Jahre 1935 gestürzt ist, so besagt das für die Schweiz nicht, daß die Profite der Metallproduzenten irgendwie annähernd im gleichen Ausmaß reduziert wurden, denn in der Schweiz gibt es keine Erzgruben. Diese Bewegung der Indexziffer zeigt vielmehr nur, daß die Produktionskosten einer ganzen Reihe von Waren, die in der Schweiz aus importierten Metallen hergestellt werden, entsprechend gesunken sind. Behalten wir aber trotzdem den offiziellen Großhandelsindex als Maßstab bei und nehmen wir der Einfachheit willen an, daß die Preise der in der Schweiz selbst hergestellten Waren im gleichen Ausmaß gefallen sind wie der Index aller Großhandelspreise.

Für eine bloße Ankurbelung ist es nun keineswegs notwendig, daß die Preise auch nur annähernd auf das Höchstniveau von 1929 zurückkehren. Denn selbst das Preisniveau von 1935/36 hat offensichtlich die Rentabilität der Unternehmungen, wenigstens in den meisten Fällen, verbürgt. Und was die Exportindustrien anbelangt, so hatte die bloße Senkung des Wechselkurses eine Erhöhung ihrer Erlöse um bis zu 40 Prozent zur Folge. Eine Preissteigerung von wenigen Prozenten reicht für die Inlandsindustrien unzweifelhaft als Ankurbelung aus. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß die Wechselkurssenkung auf dem Umweg über die Verteuerung der ausländischen Rohmaterialien allein schon eine Preissteigerung um bisher mehr als zehn Prozent zur Folge hatte, die für die Industrie natürlich keine ankurbelnden Wirkungen haben konnte. Zu Investitionen anregend kann nur eine Preissteigerung sein, die eine Erhöhung des Profits verheißt, also über die Steigerung der Produktionskosten hinausgeht. Hält man die preissteigernden Wirkungen der Abwertung im Großhandel nunmehr für abgeschlossen, so heißt das, daß die Erhöhung der Indexziffer der Großhandelspreise ein wenig über dieses Maß hinausgehen muß, wenn sie ankurbelnde Wirkungen ausüben soll. Aber diese Differenz kann und soll außerordentlich geringfügig sein.

Anders steht es dagegen um eine Preissteigerung, die die »Aufwertung der Schulden« korrigieren soll. Denken wir an langfristige Kredite — die offenkundig damit gemeint sind —, so ist es klar, daß eine Preisveränderung um wenige Prozente kaum eine fühlbare Linderung des realen Schuldengewichts ausmachen kann. Schulden, die bei einem um ein Drittel höheren Preisniveau gemacht wurden, werden durch eine Preissteigerung von wenigen Prozenten kaum fühlbar abgewertet werden. Dabei ist zu beachten, daß das reale Schuldengewicht natürlich nicht von der Bewegung irgendeiner Indexziffer abhängt, sondern nur von der Bewegung des Preises jener Ware oder Waren, die der Schuldner verkauft. Die Preissteigerung der Einfuhrwaren in-

folge der Abwertung bedeutet für die Real-Schuldenlast in der Schweiz ebensowenig, wie etwa der Preiszusammenbruch dieser Waren in der Zeit nach 1929 eine Schuldenaufwertung zur Folge hatte. Für die Beurteilung des Realgewichts der Schulden in der schweizerischen Landwirtschaft wird man daher nicht den schweizerischen Großhandelsindex, sondern eher die Ziffern beispielsweise des Rohertrages der schweizerischen Landwirtschaft, wie ihn das Schweizerische Bauernsekretariat berechnet, oder auch nur die Preise der wichtigsten Verkaufsprodukte der schweizerischen Landwirtschaft heranziehen. In beiden Fällen aber dürfte man zur Feststellung kommen, daß eine einigermaßen bedeutungsvolle Schuldenabwertung nur durch eine ansehnliche Preissteigerung zu erzielen ist.

*

Eine kurze, in ihren Ausmaßen recht geringfügige Preissteigerung der in der Schweiz selbst produzierten Waren mag als Ankurbelung empfehlenswert sein. So ist man beispielsweise in Schweden vorgegangen. Eine allgemeine Preissteigerung zur Korrektur der in der Depression vollzogenen Schuldenaufwertung dagegen würde sehr ernste inflationistische Gefahren mit sich führen.

Wir haben gesehen, daß die Stabilisierung der Wirtschaft fallende Preise voraussetzt und schon stabile Preise bei rasch fortschreitender Kostensenkung Ueberprofite, daher Ueberinvestitionen und schließlich einen außerordentlich heftigen Konjunkturumbruch zur Folge haben. Diese Besorgnis scheint um so begründeter, wenn man das rasche Ausmaß betrachtet, in dem die Rationalisierung auch in der Krise fortgeführt wurde. Die Senkung der Produktionskosten wird allem Anschein nach auch in der nächsten Zeit noch fortgesetzt werden können. Damit ist aber die skizzierte Gefahr untrennbar verbunden. Der Verlauf der Börsenentwicklung seit der Abwertung läßt es wahrscheinlich werden, daß in den Wirtschaftskreisen mit einer geradezu phantastischen Profitsteigerung gerechnet wird. Und da von der Seite des Kapitalangebots her offenbar auch nicht die geringste Beschränkung einer maßlosen Hochkonjunktur zu erwarten ist, sind alle Voraussetzungen eines »Boom« (übersteigerte Konjunktur) schon jetzt im Keime gegeben.

Es gibt unserer Meinung nach keine ernstere Gefahr in der wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz als die derzeitige deutliche Orientierung auf einen »Boom«.

Die »Richtlinien« erklären zwar, daß mit der Erhöhung der Preise auch eine Erhöhung der Löhne angestrebt werden müsse. Aber in der kapitalistischen Gesellschaft ist die Erhöhung der Preise unvergleichlich leichter zu erzielen als die Erhöhung der Löhne. Es wird den Bauern angesichts ihrer politischen Schlüsselstellung, den industriellen Unternehmern als herrschender Klasse in der Eidgenossenschaft erheblich leichter fallen, eine Erhöhung ihrer Absatzpreise durchzusetzen, als den Arbeitern auch nur die Beibehaltung ihrer Reallöhne zu erkämpfen. Das voraussichtliche Resultat wird also eine starke

Preissteigerung und eine schwache Lohnerhöhung sein. Damit ist aber auch die Entwicklung zum »Boom« wahrscheinlich.

Dazu kommen noch die gleichartigen Anregungen aus dem Ausland. Die USA. und besonders England stehen bereits im Zeichen einer heftigen Hochkonjunktur. Kein Problem beschäftigt die Wirtschaftskreise in diesen Ländern mehr als jenes, wie die gefährliche Uebersteigerung der konjunkturellen Entwicklung verhindert werden könne. Eine ganze Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen der letzten Zeit diente der Vorbereitung von Abwehrmaßnahmen gegen den »Boom«. Der riesige englische Markt übt aber zweifellos auf alle nicht durch Devisenbewirtschaftung von den Weltmärkten völlig isolierte Volkswirtschaften sehr deutliche konjunkturfördernde Wirkungen aus. Die rasch ansteigenden Preise auf den Weltmärkten und die wachsende Aufnahmefähigkeit der Rohstoffländer verheißen der Exportwirtschaft bessere Zeiten als seit vielen Jahren.

Statt einer Stabilisierung der Wirtschaft droht eine maßlose Uebersteigerung der Konjunktur. Eine allgemeine und erhebliche Preissteigerung müßte diese Gefahr sehr groß werden lassen.

Bedeutet das, daß wir Maßnahmen wie etwa größere Ausgaben für Arbeitsbeschaffungszwecke ablehnen? Muß nicht eine Steigerung der öffentlichen Ausgaben gleichfalls die Entwicklung zum »Boom« fördern?

Wir können hier nur ganz kurz die Antwort skizzieren. Es ist sehr wenig wahrscheinlich, daß der Konjunkturaufstieg in der Schweiz schon in absehbarer Zeit zur Resorption der gesamten Arbeitslosigkeit führen wird. Es ist sogar denkbar, daß es auf der einen Seite Arbeitermangel, auf der anderen Seite Arbeitslosigkeit geben wird. Ersteres ist möglich in der Metallindustrie, letzteres im Baugewerbe. So ist England bei einem Stand von rund 1,5 Millionen Arbeitslosen schon an der Schwelle der Hochkonjunktur. So werden in Belgien auf der einen Seite noch rund 60 Prozent der Arbeitslosigkeit aus dem Krisentief gezählt, während gleichzeitig Verhandlungen über die Einwanderung von Bergarbeitern aus Holland oder Polen geführt werden, um die akute Kohlenknappheit zu überwinden.

Selbst nach Ueberwindung der allgemeinen Krisenlage ist in der Regel noch ein größerer oder geringerer Rest an Arbeitslosigkeit wahrscheinlich. Denn keine Volkswirtschaft wird aus der Krise in der gleichen Gestalt herausgehen, in der sie in die Krise eintrat. Es wird langsamer und schwieriger Anpassungsprozesse bedürfen, bevor auch nur annähernd von Vollbeschäftigung wird gesprochen werden können.

Sehr viele Anzeichen deuten darauf hin, daß es in absehbarer Zeit kaum möglich sein wird, alle Bauarbeiter in der Schweiz wieder zu beschäftigen. Selbst eine Hochkonjunktur dürfte auf diesem Gebiet noch einen Krisenrest übrig lassen. Arbeitsbeschaffung, die diesem Beruf eine Entlastung brächte, verbunden etwa mit Umschulungsmaßnahmen, wenn sich herausstellen sollte, daß das Baugewerbe dauernd unter dem Stand der letzten Hochkonjunktur bleiben dürfte, sind also

mehr als gerechtfertigt, selbst wenn allgemeine Ankurbelungsmaßnahmen sich als überflüssig herausstellen sollten.

Aehnlich ist es in England notwendig, besondere Hilfsmaßnahmen für die »Notstandsgebiete«, die »distressed areas«, zu treffen, obwohl die allgemeine Wirtschaftssituation keinerlei Ankurbelungsmaßnahmen mehr rechtfertigen würde.

*

Mit dem Preisproblem hängt das Währungsproblem innig zusammen. Darüber sprechen sich die »Richtlinien« in einer kurzen Erklärung aus:

»Die Währungspolitik hat die allgemeinen Ziele der Wirtschafts- und Kreditpolitik, wie sie vorstehend umschrieben werden, zu unterstützen.«

Unter einem internationalen Währungsstandard ist der Selbständigkeit jedes Landes in seiner Wirtschaftspolitik eine enge Grenze gesetzt. Versucht ein Land, etwa seine Preise durch besonders large Kreditpolitik rascher in die Höhe zu treiben als alle anderen Länder, so läuft es Gefahr, daß seine Zahlungsbilanz sich verschlechtert und es Gold verliert. Der Goldverlust aber leitet in der Regel eine Kreditverteuerung und -verknappung ein, die schließlich eine Preissenkung erzwingen wird. Der internationale Währungsstandard zwingt so jeden Teilnehmer schließlich immer wieder in Reih und Glied zurück.

Anders steht es unter einem nationalen Währungsstandard. Bei uneinlöslichem Papiergeld ist jedes Land nahezu völlig frei, jene Preispolitik zu treiben, die ihm beliebt. Eine erhebliche Preissteigerung muß in diesem Falle nicht zur Goldabgabe, kann aber zur Senkung des Wechselkurses führen. Autonome Preispolitik setzt daher einen autonomen Währungsstandard voraus. Die *Grenzen* der Möglichkeit für die Notenbank, die Preisbewegungen zu dirigieren, sind hier unerörtert geblieben. Sie werden von der öffentlichen Meinung offenkundig gewaltig unterschätzt.

Soll die künftige Preispolitik ohne Rücksicht auf Währungsschwierigkeiten durchgeführt werden, so muß entweder die schweizerische Zahlungsbilanz so günstig abschneiden, daß selbst unter einem internationalen Währungsstandard eine isolierte Preishausse in der Schweiz ohne Bedrohung des Goldschatzes möglich wird; oder aber die internationale Preisbewegung fällt — wie es gegenwärtig der Fall ist — mit der gewünschten Preisbewegung in der Schweiz zusammen, so daß zwischen Weltmarkt- und schweizerischen Preisen keine die Zahlungsbilanz gefährdende Spannung entsteht. Schließlich aber bleibt als dritte, augenblicklich gegebene Möglichkeit die Beibehaltung eines nationalen Währungsstandards, der der Schweiz eine autonome Preispolitik erlauben würde. Freilich müßte dann unter Umständen die Abwertung beispielsweise den äußersten Grad, der im Beschluß vom September 1936 vorgesehen war, erreichen oder gar noch weitergeführt werden.

Nach unserer Ueberzeugung gibt es entscheidende Argumente, die die Schweiz veranlassen müßten, für die baldigste Wiederherstellung eines

internationalen Währungsstandards einzutreten. Ein Land, das so sehr in den internationalen Handel, in den internationalen Kapital- und Menschenverkehr eingebaut ist, hat ein entscheidendes Interesse an einer neuen internationalen Grundlegung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Auch aus diesen Erwägungen würden wir eine selbständige Preispolitik der Schweiz, eine isolierte Hausse der schweizerischen Preise, ablehnen.

Nicht eine gefährlich überspitzte Hochkonjunktur und nicht die nationale Abschließung kann das Ziel unserer Wirtschafts- und Währungspolitik sein, sondern die möglichste Stabilisierung der Wirtschaft bei möglichst vollständiger Ausnutzung der gegebenen Produktionsmöglichkeiten und die weitestgehende Bereitschaft zur internationalen Arbeitsteilung.

Die Teuerungswelle

Von Dr. Fritz Giovanoli.

Die Flitterwochen der Abwertung sind vorüber!

Der Franken bleibt ein Franken! So hat es in der feierlichen Proklamation geheißen, die Bundespräsident Meyer in seiner berühmten Sonntagspredigt vom 27. September seinem überraschten Volke in pastoralem Tone verkündet hat. Wozu beigefügt wurde, die Bevölkerung »möge sich bewußt sein, daß eine direkte Wertverminderung des Geldes im Inland nicht eintritt« und es sei auch nicht die Absicht des hohen Bundesrates, jenen, die durch Lohnabbau und Krise in ihren Bezügen gekürzt wurden, »eine weitere Last in Form der Geldentwertung zuzufügen«. Was von all dem übriggeblieben ist, kann heute, nach erst vier Monaten, schon festgestellt werden. Die Teuerung hat mit Wucht ein Gebiet nach dem andern erfaßt. Die Lawine ist im Rollen, und niemand weiß, wo sie landen wird. Es hat keinen Sinn, diese Perspektiven zu verschleiern, man muß sich mit ihnen auseinandersetzen.

Die Teuerungswelle der letzten Wochen hat *zwei Ursachen:* einmal die *Abwertung* und zweitens die *Preissteigerung auf den Weltmärkten,* die uns auch ohne Abwertung in einem geringeren Ausmaß eine Teuerung gebracht hätte. Die Entwicklung der Dinge zeigt, daß die Schweiz die Abwertung unter ungleich ungünstigeren Umständen vornahm als andere Länder, die den Schnitt früher in einer *Periode fallender Weltmarktpreise* vorgenommen haben. *Die Periode nach der Abwertung ist für die Schweiz zugleich die Periode steigender Weltmarktpreise.* Kommt dazu die Tatsache, daß wir für Rohstoffe ausschließlich und für den Lebensmittelbedarf zu einem wesentlichen Teil auf die Einfuhr aus dem Ausland angewiesen sind. Hierfür möge der Hinweis genügen, daß wir in den drei Jahren 1934 bis 1936 im Durchschnitt pro Jahr für 800 bis 850 Millionen Franken Rohstoffe und Lebensmittel einzuführen hatten. Dabei waren das Jahre tiefer Weltmarktpreise und einer Wirtschaftskrise, die keinen großen Rohstoffbedarf aufwiesen.